Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Ständerat
Kommission für Wirtschaft und
Abgaben
3003 Bern

6. Juli 2004

Pa.Iv. 02.422 Hegetschweiler. Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs: Ihre Anfrage vom 14. Juni 2004

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 14. Juni 2004 haben Sie uns eingeladen, im Zusammenhang mit der Regelung der Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs unseren Standpunkt darzulegen. Die in diesem Zusammenhang von Ihnen gestellten Fragen können wir Ihnen wie folgt beantworten:

1. Wie stellt sich Ihr Kanton grundsätzlich zur Regelung der Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen und Flughäfen?

Vorauszuschicken ist folgendes: Für Geschäfte, die in den Zuständigkeitsbereich der kantonalen Gesetzgebung fallen, befürwortet der Regierungsrat grundsätzlich eine schrittweise Liberalisierung der gewerbepolizeilich motivierten Ladenöffnungszeiten. Er verfolgt deshalb seit mehreren Jahren die Strategie, dass in einem ersten Schritt die Ladenöffnungszeiten an Werktagen (Montag bis Samstag) einer Revision unterzogen werden sollen. In einem späteren Zeitpunkt soll darüber entschieden werden, ob auch in einem zweiten Schritt die Regelung für die Sonn-, Feier- und Ruhetage geändert werden soll. Im Sinne dieser Strategie sind dem Kantonsrat 1996 und 2002 Vorlagen mit je 2 Varianten (vollständige Deregulierung an Werktagen bzw. gewisse Liberalisierung der heute geltende Ordnung) unterbreitet worden. Auf Empfehlung des Regierungsrates hin, hat sich der Kantonsrat in beiden Fällen mit grossem Mehr für die Deregulierung entschieden. Gegen diese Entscheide ist in beiden Fällen das Referendum ergriffen worden. Die Vorlagen sind in der Abstimmung jeweils deutlich verworfen worden. Bei dieser Sachlage hält der Regierungsrat eine schrittweise Liberalisierung zwar nach wie vor für richtig. Nach seiner Auffassung kann jedoch im heutigen Zeitpunkt der Anstoss für einen neuen Liberalisierungsschritt nur von Aussen her kommen. Vor diesem Hintergrund unterstützt der Regierungsrat auch eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen und Flughäfen. Wie erwähnt, ist in unserem Kanton eine generelle Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten an Werktagen bereits zweimal verworfen worden. Trotzdem besteht auch hier ein Bedürfnis der Konsumentinnen und Konsumenten, an Randzeiten und insbesondere auch an Sonntagen an vereinzelt Orten einkaufen zu können. Dabei ist auch dem Schutz der

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprechend Rechnung zu tragen. Der Regierungsrat befürwortet deshalb ebenfalls, dass diesbezüglich im Zusammenhang mit der vorgesehenen Änderung von Art. 27 Abs. 1ter des Arbeitsgesetzes Sondernormen eingeführt werden sollen (Inhalt: Schaffung eines Ausgleiches an Freizeit und ein Anrecht auf mindestens 12 freie Sonntage im Jahr). Zudem sollen für die in diesen Läden beschäftigten Personen auch die übrigen Bestimmungen des Arbeitsgesetzes und seiner Verordnungen gelten, die dem Arbeitnehmerschutz dienen (wie. z.B. die wöchentliche Höchst Arbeitszeit). Dies findet unsere Zustimmung.

2. Wie müssen aus Sicht Ihres Kantons bei längeren Ladenöffnungszeiten und bei Ladenöffnung an Sonntagen die Rahmenbedingungen geregelt werden, insbesondere bezüglich

a.) Der einzubeziehenden Bahnhöfe (Grösse, Lage, Anzahl etc.)?

Aus den Unterlagen geht hervor, dass die Liberalisierung nur für Zentren des öffentlichen Verkehrs gelten soll. Dabei soll es sich lediglich um die grossen Bahnhöfe Zürich, Basel, Winterthur, Luzern, Bern und Genf handeln (vgl. Amtliches Bulletin des Ständerates vom 9. Juni 2004, S. 4). Nach unserer Auffassung greift dies zu kurz. Der Begriff "Zentren des öffentlichen Verkehrs" ist dabei weit zu fassen, so dass zumindest auch Bahnhöfe mittlerer Grösse darunter fallen. Die Beurteilungskriterien Grösse, Reiseverkehr, Umsteigekadenz und entsprechend stark durchmischtes Publikumsaufkommen erscheinen uns dabei als sinnvoll. Zu berücksichtigen ist zudem, die Bedeutung eines Bahnhofes als Verkehrsknotenpunkt.

b.) der Arbeitnehmerschutzvorschriften?

Siehe dazu die Ausführungen unter Ziff. 1, 2. Absatz, 2. Hälfte.

3. Welche Praxis verfolgt Ihr Kanton bezüglich analoger Verkaufsstellen (z.B. bei Tankstellen) ausserhalb des Bahnhofsbereichs?

Der Geltungsbereich für die Öffnungszeiten ist in § 1 der Verordnung über den Ladenschluss vom 25. Februar 1987 umschrieben (BGS 513.431; siehe Beilage). Gemäss Abs. 2 der erwähnten Bestimmungen finden sie sämtliche Bereiche, die vom Geltungsbereich dieser Verordnung ausgenommen sind, d.h die keinen gewerbepolizeilichen motivierten Öffnungszeiten unterliegen. Dazu gehören insbesondere auch die Tankstellen und damit auch die dort immer häufiger auftretenden Shops. In arbeitsgesetzlicher Hinsicht halten wir uns bei diesem Verkaufsstellen an die Schutzbestimmungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemäss Art. 26 der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz.

Wir laden Sie ein, unsere Überlegungen bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage angemessen mitzuberücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Ruth Gisi
Frau Landammann

sig.
Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber
Beilage: erwähnt